

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

zusammensetzung und bei regelmäßiger Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst und Kritik sowie eine Sonder- und Jugendbeilage einschließlich Bringerichts monatlich 80 Pf. zu beziehen kostet jährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und M. 3.50 für Österreich; abweichen kann nur ausnahmsweise der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Erspedition: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Quotrate werden die Helveticen Preise mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Nobat gemäß. Vereinbarungen 20 Pf. Quotrate müssen bis spätestens 1/10 Uhr freß in der Expedition abgegeben sein und sind unveraus zu bezahlen. — **Telcarum-Adresse:** Dresden, Wallstraße 1.

Fig. 72.

Dresden, Dienstag den 28. März 1911.

22. Zahra

Genossen, Genossinnen! Werbt für eure Zeitung!

Wählen ohne Bethmann!

Die Junfer wollen einen anderen Wahlzettel. Sie wollen den Herren v. Beichmann besiegen, um er sich nicht jeder Meingungen entzieht, freundliche Seite der liberale Seite zu werden.

Herr v. Beckmann ist höchstlich troß seines Schlosses in den Jahren kein mächtlicher Junker, sondern nur ein kurzlich geworhter Frankfurter Bankiersprößling, dessen Blut zwein trocken verwässert ist. An sich sind diese aufwärtsen Personen nicht als leitende Minister dem preußischen Staat nicht zugenehm: sie sind in ihrer Charaktereide den sündigen Untertanen der regierenden Kaste gefügiger Männer aus altem Ritterblut. Aber die preußischen Herren wissen schweren Entschiedungskampfes, daß sie unter dem Reichstagsschreck zusammenfallen müssen. Das evangelische Religionsbekenntniß rettet sie, wie das katholische das Zentrum retten mag. Es ist auf seine politischen Macht und noch weniger ihrem Abenteuer entzweide Zukunft, sich damit zu beschließen, je als eine Art Auszäger von Gnaden des Zentrums Erben zu tragen sollen. Es ist seit jehet Taktik des großen Zentrums, daß es mannswohllichen Entscheidungen nicht antrete, sondern so stark wie möglich die Entzüng der Tinte zur Katastrophe drängt. Von einer Art des Ergegenkommens, des Einflusses durch Nachsatz haben die Herren Preußens niemals etwas wissen wollen. Ein und Einen sind ihre Heilmittel auch in der ungeren

Die Möglichkeit Konservaliven wissen natürlich sehr gut, der Reichskanzler Herr v. Bethmann einer Periode nicht Katastrophen nicht gewachsen wäre. Er wäre ihnen verdächtig, auch wenn er von Herzen richtig konservativ ist. Über der enge Verstand Bethmanns hat doch gerade Raum für die Erfahrung, daß es in einem Lande mit so ungeheuer entfalteten Industrie- und Finanzkapital möglich ist, sein agrarisch zu regieren. Der Kanzler selbst ist wohl, weil es für seine burokratische Ordnungs- und Erziehungsliebe am bequemsten wäre, in einer Art legitimierter mit Landwirtschaftsbüdlern und Hanseaten leben. In diese Beziehung liegt jedoch voraus, daß die beiden Gruppen sich miteinander vertragen. Da sie nun Bündnis gegenseitig rausen, da die Hanseaten sogar mit in die konservativen Gütsbegirle Ostelbiens eingebrochen sind, so kann Herr v. Bethmann wohl oder übel entscheiden. Da er sein ganzer Landwirtschaftsbüdler sein kann, ist er dennoch ein liberaler Geheimagent der Hansamissionen bestens. Nicht der erschlaute starke Mann und nicht einmal ein wenig konservativ — das macht Herrn v. Bethmann reisend durchs Baltikum nachvauenden.

Das Problem für das Junkerthum ist nur, wie man den so des Kanzlers erreichen und zugleich einen Nachfolger zum könne könnte, der noch konservativen Geschmack die Reichswahlen durchführen würde. Diese politische Aufgabe ist nicht zu lösen, da leider, wie die Jucker wissen, auch Herr des Reichskanzlers jenen liberalen Verhältnissen durchaus nicht abgeneigt ist, die schon in der Wahlkriegsnation ein sozies und spekulatives Verständnis die Kaiser-Romantik Wilhelms II. bewiesen haben. In der heutigen Lage werden die Jucker das Menschenrecht an politischen Nutzen leisten, um so aber je

Das ist die Erklärung für den konservativen Ansturm der Reichstagsabgeordneten, zu dem im preußischen Abgeordnetenhaus die einzige Vorlage den Anlaß gab. Es natürlich nicht die dem Reichsland zugeschriebenen dreizehnten Bundesratsstimmen, die das preußische Gewissen darüber befürchteten. Was dieser kindliche Furchtanz werten sie besser als irgend ein anderer, wie es denn sei wäre, in dem Reichsland einen Verfassungsentwurf abzugeben, der eine Erweiterung der Rechte zu wähnen, weil die Bunde-Abgeordneten, als ob sie gegen dieses Übermaß von Bungsständen aufzutreten. Weit bedeutsamer als die Bundesratsabgeordneten ist ihnen aber das in dem Entwurf vorgelebene Land. Denn es wird schließlich doch immer schwerer, strategische Eigenart, d. h. vor allem das Dreiklassenwahlrecht für das Abgeordnetenhaus, aufrecht zu erhalten, um in jungen übrigen steile demokratischere Wahlsysteme einzuführen. Diese selbe elbab-lothringische Frage ist derzeit aber eine willkommene Gelegenheit, sich bei den politischen Empfindlichkeiten zu empfehlen und die regierenden Hohenlohern für ihre politischen Interessen zu gewinnen.

Die konservativen wissen, daß es Herrn v. Bethmann-Hollweg leichter wegen der Süddeutschen Widerstände, nicht wegen ihres eigenen Willens so zu bedienen, wie er wohl wünschte. Zumindest einer hohen allgemeinen

Kolonie in den Reichslanden ist nicht erfüllt. Wenn es auch lächerlich ist, bei dem reichsländischen Entwurf von einer Schwächung der preußischen Haustherrschaft zu reden, so ist es doch auch nicht gelungen, den ursprünglich gewünschten Machtzuwachs zu erreichen. Deshalb spreizen sich die Junker plötzlich wieder als die berussten Schützen und Mehrer des preußischen Königtums und geben so dem deutschen Reichslande die merkwürdige Gelegenheit, die „preußische Selbstverleugnung“ zu rühmen.

Die englische Arbeiterpartei und die Flottenrüstungen.

Man schreibt uns aus London vom 28. März:

I. K. Der Abstimmungsergebnis im Unterhaus stand, doch zwei englische Abgeordnete bei der Unterhausbeteiligung vom letzten Montag, die die bekannte Schiedsgerichtsrede Sir Edward Grey brachte, ihren Kameraden in den Räumen füllten, indem sie gegen die Misstrauensresolution gegen die Regierung stimmten, hat zu scharfen Erörterungen Anlaß gegeben. Der Labour Leader, das Organ der zur Arbeiterpartei gehörigen Independent Labour Party (I. L. P.) hat den beiden Abgeordneten gebührend die Reaktionen gelesen, und dabei berichtigte Flugscheine darüber erhoben, daß auch eine Anzahl anderer Arbeitersabgeordneter bei jener Gelegenheit ihre Pflicht vernachlässigt, in dem sie bei der Abstimmung nicht zugegen waren. Von 42 Arbeitersabgeordneten fehlten bei der Abstimmung nicht weniger als 19. Es ist sehr erfreulich, daß gegen den Verrat der zwei Abgeordneten und die Pflichtverzäumung der übrigen aus der Mitte der Arbeiterpartei selber entschieden Protest erhoben wird, denn es müßte die wichtigsten und nützlichsten Bestrebungen der Arbeiterpartei lähmlegen, wenn eine Anzahl ihrer Mitglieder ihr entweder direkt in den Räumen fallen oder nicht parieren. Erfreulich ist auch, daß bereits eine Anzahl von Volksorganisationen in scharfen Protestresolutionen das Vorgehen der betreffenden Arbeiterveterinat verurteilten. Es ist jetzt um so nötiger, den unschönen Kontonisten unter den Arbeiterveterinaten von unten heraus auf die Finger zu sehen, weil sich die Partei durch die auf der Konferenz von Leicester eingetragene Statutänderung der Möglichkeit beraubt hat, die Fraktionsmitglieder im Bedarfsfalle zur Einhaltung der Disziplin zu

So nötig und nützlich diese Erörterungen in England sind, so bedauerlich, ja geradezu gefährlich wäre es, wenn man daraus im Auslande und vor allem in Deutschland falsche Schlüsse über die Stellungnahme der Arbeiterpartei als solcher zu den Kriegsfragen ziehen wollte. Es wäre ebenso falsch wie verhängnisvoll, wenn am Bestande der Eintritt erwidert würde, auf die englische Arbeiterpartei sei im Kampfe gegen das Weltkriegslein Verlust. Kein Vorwurf wäre weniger gerechtfertigt. Gerade in der Frage des Militarismus und des Weltkriegs hat die Arbeiterpartei eine den Grundsätzen und Aussassungen der Internationalen Sozialdemokratie vollkommen entsprechende Haltung eingenommen, und die Arbeiterschaft hat bei allen sich dienenden Gelegenheiten, ausgetragen auch gerade in den Debatten der vorigen Woche, die Forderungen der Internationalen Sozialistenkonferenz auf die internationale Einsichtnahme der Mächte und die Abschaffung des Seebedeckrechts mit größter Energie erhoben. Da es ist in erster Linie gerade ihre unermüdliche Tätigkeit auf diesem Gebiete, der die englische Arbeiterpartei es zu verdanken hat, daß ihr Bestand und ihr Wachstum einen gewaltigen Gewinn für die ganze internationale Arbeiterbewegung bedeutet. Zumal ja die kleinen sozialistischen Parteien in England im Prozeß des

Militarismus bestimmtlich nicht immer sattelfest gewesen sind. Auch soll man den gewölb fehlt bedauerlichen Zwischenfall bei der Unterbaubestimmung vom letzten Montag nicht überschämen. Ein oder zwei rüdigte Schafe werden wohl in den meisten Varianten zu finden sein und bei dem fast enttäuschten Individualismus der Engländer hält es ja überhaupt verhältnismäßig schwer, in diesen wie in anderen Fragen Disziplin durchzusetzen. Das Geheue von 19 Arbeitervertretern bei der Vorlageabstimmung darf, so wenig wir es entschuldigen wollen, keineswegs dahin gedeutet werden, daß diese die Abstimmungen einstreiten oder auch nur, daß

ße sie nicht zu bekämpfen wagen. Die Abstimmung fand erst nach der langen Rede Sir Edward Grebs, kurz vor Mitternacht, statt, weshalb viele Abgeordnete sich aus anderen als politischen Gründen entschuldigt hatten. Herner ist zu bemerken, daß die Arbeitervorsteherin überhaupt bei allen Unterhausabstimmungen recht stau zu sein pflegten. Das ist kein erfreuliches Kapitel, hat aber mit der besonderen Frage des Wettbüstens nichts zu tun. Das wichtigste und entscheidendste aber ist, daß die Abstimmung vom Donnerstag, die sich ebenfalls auf eine Missbrauchsresolution gegen die Rüstungspolitik der Regierung bezog und von der Arbeiterpartei selber eingebracht wurde, ein wesentlich anderes Bild zeigte. Bei dieser Gelegenheit stimmte nun ein Arbeitervorsteher gegen die Resolution, und nur 11 — wobei einer jetzt im Austritt ist — fehlten bei der Abstimmung. Einer der zwei Abgeordneten, die am Montag für die Regierung stimmten, nämlich der Bergarbeitervertreter Wilson, stimmte am Donnerstag mit der Arbeiterpartei gegen die Rüstungspolitik. Von den 11, die sich fernhielten, läßt sich höchstens von zweien oder drei annehmen, daß sie den Kampf der Arbeiterpartei gegen die Rüstungen nicht billigen. Der einzige Abgeordnete, der noch für die Rüstungspolitik der Regierung stimmte, ist Duncan, der Vertreter des Schiffswerftwahlkreises Barrow-in-Furness.

Der neue Staatsstreich in Rußland

Die russische Ministerkrie hat mit einem neuen Staatsstreich geendigt. Stolnjin bleibt Premierminister; kein Gegner werden beurlaubt. Alles bleibt beim alten — nur die Duma liegt vernichtet zu Boden. Güterchen Zar beginnt Russland mit einem eigenmächtig erlassenen „Gezetz“. Von Duma und Reichsrat wird die Vorlage, die vom Reichsrat verworfen worden ist, vom Selbstherrn aller Deutschen zum Siegen erhoben.

Der Konflikt zwischen der Clique Trepov, Turnow und Stolzenew einerseits und der Stolypin-Gruppe andererseits drehte sich im Grunde genommen um die Frage, ob die Duma bleiben soll oder nicht. Stolzenew erklärte in der Duma: Gottlob wir haben kein Parlament. Das ist das Programm des russischen Adels und der Bürokratie, die sich besonders gegen jegliche Kontrolle der Staatsfinanzen durch eine Volksvertretung wehrt. Stolypins Programm aber war der Kampf gegen die Revolution, wobei er der ihr unterstützenden Großbourgeoisie „Reformen“ versprach. Nun sind vier Jahre seit dem Staatsstreich vom 16. Juni 1907 vollständig ergebnislos verlaufen. Von Reformen natürlich keine Rede. Dafür sind die Dumarekte immer mehr beschlagnahmt worden. Aber auch mit der Unterdrückung der Revolution steht es schlecht. Die Arbeiterbewegung lebt wieder auf; der Hochschulstreik hat einen von niemand geahnten Umfang angenommen. Selbst liberale Professoren sehen sich gezwungen, die Universität zu verlassen. Ein Brief an die russischen Zeitungen, unterzeichnet von einigen Moskauer Großkaufleuten, hat nun klar bewiesen, daß ein gewisser Umschwung auch in Kreisen der Bourgeoisie beginnt. Offen und scharf sprachen sich die Moskauer Ver-

Doch es gerade die Moskauer Industriellen sind, die das Regierungssystem verurteilten, liegt daran, daß Moskau das Zentrum der Textilindustrie ist, die immer noch wenig günstige Zeiten hat. Sie ist auf den Massenfokus, also auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung angewiesen. Wie dem aber auch sei, der Protest der Moskauer Industriellen zeigte, daß sich die Stimmung auch der Großbautrgroßie immer mehr gegen die Regierung wendet. Das ist auch von den Oktobristen in der Duma konstatiert worden und die Wahl eines Kadetten (Liberalen) in der ersten Runde

Unter diesen Umständen können die kommenden Wahlen der Regierung leicht eine starke Niederlage bereiten. Die extrem-rechten Parteien sehen dies voraus und hoffen, dass